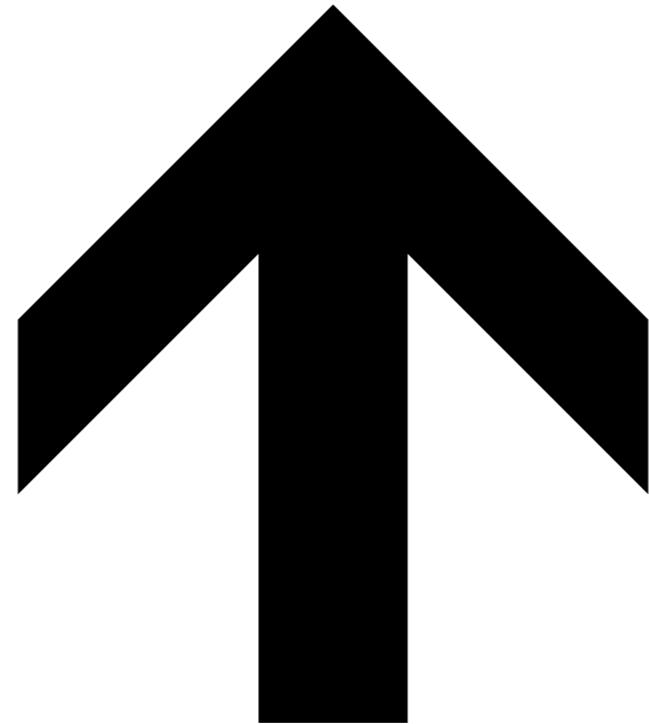


RECHTE FÜR MENSCHEN REGELN FÜR UNTERNEHMEN

RECHTE FÜR
MENSCHEN
REGELN FÜR
UNTERNEHMEN



Die European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) besteht aus über 250 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften. Die Koalition setzt sich für eine bessere Regulierung der in der EU ansässigen Unternehmen ein, um Menschen und Umwelt zu schützen.
www.corporatejustice.org



CorA ist ein deutsches Netzwerk für Unternehmensverantwortung und Mitglied in der europäischen Koalition ECCJ. Im CorA-Netzwerk sind 47 deutsche Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, kirchliche und entwicklungspolitische Organisationen, Verbraucher- und Umweltverbände zusammengeschlossen. Die ECCJ Kampagne wird in Deutschland von Germanwatch für CorA koordiniert. www.cora-netz.de



Dieses Projekt wird von der Europäischen Union finanziert. Der Inhalt dieser Veröffentlichung gibt nicht notwendigerweise den Standpunkt der Europäischen Kommission wieder.

Kontakt: Die Kampagne wird in Deutschland von Germanwatch für das CorA-Netzwerk koordiniert.

Germanwatch Berlin, Tel. 030 / 2888 3560, info@germanwatch.org, www.germanwatch.org

RECHTE FÜR
MENSCHEN
REGELN FÜR
UNTERNEHMEN

WAS IST DAS PROBLEM?

Europäische Unternehmen beeinflussen das Leben von Menschen in der ganzen Welt: Sie können Gutes tun, beispielsweise Arbeitsplätze schaffen, sie können den Menschen und der Umwelt aber auch erheblich schaden.

Vor allem in Entwicklungsländern verhalten sich die Unternehmen oft inakzeptabel: sie beuten Kinder aus, missachten Arbeitsrechte oder verseuchen das Trinkwasser. In vielen Teilen der Welt können sich Betroffene gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzungen nicht zur Wehr setzen. Die Politik der europäischen Regierungen erleichtert es Unternehmen, Gewinne zu machen – allzu oft ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Folgen.

WAS MUSS SICH ÄNDERN?

Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen durch Unternehmen, die in der EU ansässig sind, müssen verhindert werden. Wir fordern von den politischen Entscheidungsträgern der EU, Gesetze zu erlassen, mit denen Unternehmen für die weltweiten negativen Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit haftbar gemacht werden können.

WAS KÖNNEN SIE TUN?

Fordern Sie mit uns, dass in der EU ansässige Unternehmen Menschen und Umwelt eine höhere Priorität als ihren Profiten einräumen müssen. Helfen Sie uns, den EU-Staats- und Regierungschefs und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, mehr als 100.000 Unterschriften zu überreichen.

→ **UNTERSCHREIBEN SIE DIE PETITION.**

→ **ERZÄHLEN SIE FREUNDEN UND FAMILIE VON DER KAMPAGNE.**

→ **INFORMIEREN SIE SICH AUF**

WWW.RECHTEFUERMENSCHEN.DE

ÜBER DIE FORDERUNGEN UND WEITERE AKTIONEN DER KAMPAGNE.



DIE EU UND IHRE MITGLIEDSTAATEN MÜSSEN DAS EU-RECHT ÄNDERN, UM...

...ZU GEWÄHRLEISTEN, DASS IN DER EU ANSÄSSIGE UNTERNEHMEN FÜR DIE NEGATIVEN WELTWEITEN AUSWIRKUNGEN IHRER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT AUF MENSCHEN UND UMWELT HAFTBAR GEMACHT WERDEN KÖNNEN.

Viele europäische Unternehmen sind Teil multinationaler Konzerne. Sie arbeiten mit vielen Tochterfirmen, Subunternehmen und Zulieferern zusammen. Gegenwärtig kann das Mutterkonzern Gewinne machen, ohne Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen durch seine Tochterunternehmen oder Zulieferer übernehmen zu müssen.



...ZU GEWÄHRLEISTEN, DASS DIE IN DER EU ANSÄSSIGEN UNTERNEHMEN WAHRHEITSGEMÄSSE INFORMATIONEN ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN IHRER GESCHÄFTSTÄTIGKEIT AUF MENSCHEN UND UMWELT VERÖFFENTLICHEN. SIE SOLLTEN IHRE BISHERIGEN, AKTUELLEN UND GEPLANTEN AKTIVITÄTEN OFFENLEGEN.

Bisher sind Unternehmen nicht dazu verpflichtet, Rechenschaft über die Auswirkungen ihrer laufenden und geplanten Aktivitäten auf Menschen und Umwelt abzulegen. Freiwillig veröffentlichte Informationen der Unternehmen sind oft unvollständig oder gar irreführend. Wie wirkt sich ein Stahlwerk auf das umliegende Ackerland aus? Wie behandeln die Zulieferer von europäischen Modemarken ihre Arbeiterinnen und Arbeiter? Gäbe es eine Offenlegungspflicht für solche Informationen, dann könnten die Unternehmen leichter zur Rechenschaft gezogen werden.

...ZU GEWÄHRLEISTEN, DASS DIE DURCH EUROPÄISCHE UNTERNEHMEN GESCHÄDIGTEN IN DER EU ZUGANG ZU RECHTSSCHUTZ ERHALTEN, AUCH WENN SIE KEINE EU-BÜRGER SIND.

Etliche Hürden verhindern, dass Betroffene gegen Unternehmen gerichtlich vorgehen. So können sich viele die hohen Kosten für Gerichtsverfahren nicht leisten und es ist ihnen oft unmöglich, alle notwendigen Beweise zusammenzutragen. Außerdem werden die Opfer mitunter stark eingeschüchtert und bedroht, wenn sie versuchen, sich zu wehren.



AN DIE STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER EU UND AN DEN PRÄSIDENTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION, JOSÉ MANUEL BARROSO

Wir fordern Sie auf, die in der EU ansässigen Unternehmen für die weltweiten Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschen und Umwelt gesetzlich haftbar zu machen. Verpflichten Sie die Unternehmen, genaue Informationen über ihre Aktivitäten zu veröffentlichen. Ermöglichen Sie Betroffenen Rechtsschutz in der EU.

*UNTERSCHREIBEN SIE DIE PETITION AUF **WWW.RECHTEFUERMENSCHEN.DE** ODER VERWENDEN SIE DIESE POSTKARTE!*

NAME

E-MAIL

UNTERSCHRIFT

Wir werden den Staats- und Regierungschefs der EU Ihre Unterschrift auf der Ratstagung im Dezember 2010 übergeben.

RECHTE FÜR MENSCHEN – REGELN FÜR UNTERNEHMEN!

Europäische Unternehmen beeinflussen das Leben von Menschen in der ganzen Welt: Sie können Gutes tun, beispielsweise Arbeitsplätze schaffen, sie können Menschen und Umwelt aber auch erheblich schaden. Vor allem in Entwicklungsländern verhalten sich Unternehmen oft inakzeptabel: sie beuten Kinder aus, missachten Arbeitsrechte oder verseuchen das Trinkwasser.

IHRE STIMME ZÄHLT!

Fordern Sie mit uns, dass in der EU ansässige Unternehmen Menschen und Umwelt eine höhere Priorität als ihren Profiten einräumen müssen. Helfen Sie uns, den europäischen Regierungen mehr als 100.000 Unterschriften zu überreichen.

*UNTERSCHREIBEN SIE DIE PETITION AUF **WWW.RECHTEFUERMENSCHEN.DE***

Germanwatch e.V.

Kaiserstr. 201

53113 Bonn